

Bananenmogul von US-Gnaden

Noboa ist Präsident Ecuadors und der reichste Mensch des Landes. Er verbindet zügellosen Kapitalismus mit autoritärer Staatsgewalt - unter enger Einbindung Washingtons

Von Felipe Kohler, Quito

Ecuador spiegelt in gewisser Weise die Realität von ganz Lateinamerika. Obwohl das Land mit knapp 19 Millionen Einwohnern zu den kleinsten der Region zählt, erweist sich der Andenstaat als exemplarisch für den erneuten Siegeszug des ungezügelten Kapitalismus auf dem Kontinent. Im Jahr 2023 kam Daniel Noboa, der durch Bananenexport zum reichsten Menschen des Landes wurde, an die Macht. Im Jahr darauf rief er den »internen bewaffneten Konflikt« aus. Noboa will aus Ecuador mittels einer endlosen Reihe von Ausnahmezuständen [einen auf ewig militarisierten Staat machen](#).

Nach der Bankenkrise war Ecuador Ende der 90er Jahre in eine tiefgreifende politische und wirtschaftliche Krise geraten. Innerhalb von sieben Jahren hatte das Land vier Regierungen. Während die politische Klasse mit internen Spaltungen rang, brachte der Aufstand der Forajidos (Gesetzlose, wie die Rebellierenden vom Expräsidenten Gutierrez genannt wurden, jW) Rafael Correa 2005 an die Spitze der primär urbanen Protestbewegung, 2007 gewann er die Präsidentschaftswahlen. 2008 wurde in seiner Amtszeit eine neue progressive Verfassung verabschiedet, die die Rechte von Mensch und Natur garantieren sollte. In der »Asamblea Constituyente de Montecristi« kamen über 200 Basisorganisationen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Initiativen zusammen, um einen Sozialvertrag auszuhandeln, der heute – 18 Jahre später – faktisch tot ist.

Ecuador wird Bananenrepublik

Nicht erst seit Noboas Amtsantritt steht es schlecht um die Interessenvertretung von Arbeitern. Seit der Arbeitsmarktreform der letzten Regierung Correas im Jahr 2015 ist es praktisch unmöglich, im Privatsektor Gewerkschaften zu gründen. Sie werden ausschließlich im öffentlichen Dienst geduldet. Ecuador zählt mit knapp vier Prozent zu den Ländern mit dem niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf dem ganzen Kontinent.

Noboa, Sprössling einer Dynastie von Großgrundbesitzern, macht ausschließlich Politik für seine Klasse und hat aus Ecuador einen autokratischen Staat im Stile der von den USA gestützten Ausbeutungsregime in Zentralamerika der 60er- bis 90er Jahre gemacht, das, was man eine Bananenrepublik nennt. In dem Andenstaat werden etwa ein Drittel der international gehandelten Bananen angebaut. Damit ist das Land der wichtigste Exporteur der gelben Frucht weltweit. Die Agrarindustrie ist in

wenigen Händen konzentriert. Auf Großkonzerne wie Noboa Trading oder Nobis Group entfallen über 80 Prozent des Bananenexports, der rund ein Viertel des gesamten Außenhandels des Landes ausmacht.

Fast 70 Prozent der Arbeiter sind im informellen Sektor tätig. Im Jahr 2025 haben mehr als 80 Prozent der Beschäftigten nicht mehr als den Mindestlohn verdient, also 482 US-Dollar – das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie beträgt 830 US-Dollar. 30 Prozent der Bevölkerung sind laut Nationalem Statistikinstitut INEC von Armut betroffen, 8,3 Prozent leben in extremer Armut.

Die Regierung des »Neuen Ecuadors«, wie der Präsident seine Amtsperiode nennt, hat in den vergangenen zwei Jahren bürgerliche Grundrechte und die Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften attackiert. 2026 führte der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) das Land erstmals auf der Liste der zehn Staaten mit den weltweit schlechtesten Arbeitsbedingungen. Laut IGB führt Noboa eine »systematische Offensive gegen Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft«. Nachdem im September und Oktober 2025 aus Protest gegen die Liberalisierung der Benzinpreise der Generalstreik ausgerufen worden war, gingen die Einsatzkräfte mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor. Mehr als 1.000 Menschen wurden verletzt, mindestens drei Protestierende kamen ums Leben. Mehr als 60 Sozialaktivisten, Journalisten, Gewerkschafter und Anführer von Basisorganisationen werden politisch und juristisch verfolgt.

Gewalt und Kapitalismus

Seit dem Massaker im Gefängnis der bevölkerungsreichsten Stadt Guayaquil am 23. Februar 2021, bei dem fast 100 Gefangene getötet wurden, nimmt die Gewalt im Land ständig zu. Diese Entwicklung hat mit dem aktuellen autoritären Staatsumbau ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht. Mit 50 Morden pro 100.000 Einwohner pro Jahr hat sich Ecuador zum gefährlichsten Land Lateinamerikas entwickelt und gilt mittlerweile als einer der sechs gefährlichsten Staaten der Welt. Dafür sind die staatlichen Einsatzkräfte mitverantwortlich: Laut dem jüngsten Bericht der Kommission der Vereinten Nationen gegen das Verschwindenlassen sind zwischen 2024 und 2026 unter der Regierung Noboa 51 Menschen gewaltsam »verschwunden« – also staatlicherseits, meistens von Militärs, entführt und getötet worden –, darunter zwölf Minderjährige. Die Opfer des »Neuen Ecuadors« kommen zumeist aus den Armenvierteln des Landes.

Die Regierung nutzt die Gewalt und die Zunahme des Drogenhandels als Vorwand, um die Wiedereröffnung von US-Militärbasen zu rechtfertigen. Der Andenstaat gilt unter Noboa als eines der Länder Lateinamerikas, das sich am bereitwilligsten für den neuen US-Imperialismus unter Donald Trump einspannen lässt. [Fast gleichzeitig mit Javier Milei in Argentinien](#) hat Ecuadors Präsident den US-Techkonzern Palantir in sein Land gelassen, um Massenüberwachung und politische Verfolgung weiter auszubauen.

Die wirtschaftliche und politische Lage Ecuadors ist katastrophal. Nach der Ukraine und Argentinien ist es der beim Internationalen Währungsfonds IWF am stärksten verschuldete Staat. Das Land zahlt den Großteil seiner Schulden

(9,7 Milliarden US-Dollar) mittels neuer Kreditaufnahmen und kann sich so eben über Wasser halten, solange es sich dem Diktat des IWF beugt. Währenddessen versucht die ecuadorianische Arbeiterklasse inmitten von politischer Verfolgung, Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie alltäglicher Gewalt zu überleben.

Felipe Kohler lebt in Ecuador, ist Politikwissenschaftler und Teil der Chefredaktion des Onlineportals *Revista Crisis*.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/525561>